

Der BDG, Vertreter der Interessen der deutschen Kleingärtner und die Politik

Der BDG setzt kontinuierlich auf Dialog und Kooperation mit den Politikern, den politischen Instanzen und allen Behörden um die Interessen und Belange der Kleingärtner zu wahren.

Im Oktober 2012 traf sich Norbert Franke zu Gesprächen mit den FDP-Abgeordneten Sebastian Körber und Hans-Michael Goldmann. Gegenstand der Beratungen waren unter anderem die Forderungen nach einer zweiten GEZ-Haushaltsabgabe (Rundfunkgebühr) für übergroße Lauben.

Ein weiteres Gespräch fand mit dem Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Fraktion Reinhard Grindel statt, welcher sich unter anderem dafür stark gemacht hatte, dass ein neuer Entwurf des Gesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes zur Abstimmung in den Bundestag eingebracht wurde.

Im Januar 2013 traf der Präsident des BDG die Abgeordnete des Bundestages Frau Bettina Herlitzius in Berlin. Frau Herlitzius versicherte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiterhin in vollem Umfang zu den 2009 gemachten Aussagen zur Sicherung des Kleingartenwesens stünden. Die Politiker von Bündnis 90/Die Grünen wollen auch bei den Landesregierungen weiterhin dafür werben, das organisierte Kleingartenwesen durch institutionelle und projektorientierte Förderung zu unterstützen.

Im Februar 2013 war der Bundesverband der Deutschen Gartenfreunde zu einem erneuten Gespräch beim Abgeordneten der SPD-Fraktion des Bundestages, Herrn Hans-Joachim Hacker, eingeladen. Thema waren Zweitwohnungssteuer und Kurtaxe für Gartenlauben, die in einigen Regionen Deutschlands bereits erhoben wurden und in anderen Städten und Gemeinden zur Diskussion stehen. Bereits im November vergangenen Jahres machte BDG-Präsident Dr. Franke den Abgeordneten Hacker bei einem politischen Treffen auf beide Probleme aufmerksam.

Weitere Themen, die die Kleingärtner nicht nur bewegen, sondern die auch einer politischen Lösung bedürfen, wurden erörtert. Dazu gehörte auch die anstehende Reform der GEMA-Gebühren (für Nutzungs- und Urheberrechte).

Im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Florian Pronold (SPD) stand das Thema finanzielle Belastungen für Kleingärtner im Mittelpunkt. Dazu gehören u. a. Kommunalabgaben wie Straßenreinigungs- und Anschlussgebühren oder Grundsteuer- und Zweitwohnungssteuer.

Am 20. Februar hatte BDG-Präsident Dr. Norbert Franke die Gelegenheit, Probleme des Kleingartenwesens mit der Bundestagsabgeordneten Heidrun Bluhm (Fraktion DIE LINKE) zu beraten. Auf die Frage Frankes, ob die im Programm der Partei verankerten Stellungnahmen zum Kleingartenwesen auch heute noch im vollen

Umfang Bestand haben, antwortete Bluhm dass es wichtig ist, das Bundeskleingartengesetz in seiner aktuellen Form langfristig zu erhalten.